

## Industriefeindlichkeit in Deutschland: Zur Akzeptanz von Großprojekten

Anna-Lena Schönauer<sup>1</sup>

### Auf einen Blick

Politik, Wirtschaft und Medien beklagen in den letzten Jahren vermehrt die fehlende Akzeptanz in der deutschen Bevölkerung gegenüber der Industrie im Allgemeinen und industriellen Großprojekten im Besonderen. Die zunehmenden Proteste beim Bau und Ausbau von Großprojekten werden als eine Gefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland gesehen und auch die von der Bundesregierung ausgerufene Energiewende verzögert sich auf Grund der Proteste gegen den Stromnetzausbau zusehends. Dabei stellt sich die Frage, ob von einer grundsätzlichen Industriefeindlichkeit in Deutschland ausgegangen werden kann, oder ob nicht vielmehr einzelne Branchen unter einem Akzeptanzdefizit leiden? Darüber hinaus ist auch in Bezug auf die Proteste gegen industrielle Großprojekte die Rolle der Industrie ungeklärt. Vielmehr scheint es andere Faktoren als eine zunehmende Industriefeindlichkeit zu geben, welche Auslöser der Proteste sind. Die Aufdeckung der Ursachen dieser Proteste ist die Voraussetzung, um geeignete Verfahren zur Akzeptanzgewinnung zu entwickeln und somit Deutschland als Industriestandort nachhaltig zu stärken.

Die Bedeutung der deutschen Industrie für den Wirtschaftsstandort Deutschland ist seit der Finanzmarktkrise wieder in den öffentlichen Fokus gerückt. Insbesondere in der Politik scheint sich eine Rückbesinnung auf die Wirtschafts- und Innovationskraft des sekundären Sektors zu vollziehen. Bei einem der derzeit größten politischen Projekte kommt der Industrie zusätzlich eine Schlüsselrolle zu: Die Energiewende ist ohne das Zutun der Industrie nicht realisierbar. Ihre Umsetzung läuft jedoch, wie auch andere industrielle Großprojekte, Gefahr, durch Bürgerinitiativen und -proteste zu scheitern. Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Wirtschaft beklagen daher in den letzten Jahren eine zunehmende Industriefeindlichkeit und fehlende Akzeptanz der Industrie in der deutschen Bevölkerung, welche eine Gefahr für den Standort Deutschland darstelle.<sup>2</sup>

Spätestens mit dem Beschluss zur Energiewende und dem damit verbundenen Ausbau des Stromnetzes steht dieses Thema auf der politischen Agenda. Immer häufiger drohen Projekte unter dem Druck der sogenannten „Wutbürgerinnen und -bürger“ zu scheitern.<sup>3</sup> Dabei trifft der „bürgerliche“ Protest sowohl klassische Anlagen wie bspw. das Steinkohlekraftwerk von E.ON in Datteln als auch neue Pro-

jekte, die im Zuge der Energiewende umgesetzt werden wie der Netzausbau oder die Errichtung von Windparks. Die wissenschaftliche Betrachtung liefert bisher vornehmlich Ergebnisse zu den Erscheinungsformen der Proteste und den damit verbundenen Bürgerbeteiligungsverfahren. Untersuchungen zur Akzeptanz und zu Einstellungen in der Bevölkerung von und zur Industrie liegen derzeit noch nicht vor.

### Identifikation der Einstellungen in der Bevölkerung

Die Debatte um die Industriefeindlichkeit weist große Parallelen zur Debatte um die Technikakzeptanz auf, welche ihren Höhepunkt in den 1980er Jahren im Zuge der Anti-Atomkraft-Bewegungen erlebte. Damalige Meinungsumfragen belegten eine zunehmende technikfeindliche Haltung der deutschen Bevölkerung.<sup>4</sup> Die Debatte mündete in einer Vielzahl von wissenschaftlichen Studien zur Untersuchung der Technikakzeptanz bzw. -feindlichkeit in Deutschland. Diese Studien präzisieren die Ergebnisse der Meinungsumfragen und zeichnen ein differenzierteres Bild der Einstellungen in der Bevölkerung. Demnach konnte eine technikfeindliche Haltung in der deutschen Bevölkerung nicht nachgewiesen werden. Vielmehr zeichnete sich eine zunehmend ambivalente Einstellung zur Technik ab: Einerseits wurde die Technik hinsichtlich der mit ihr verbundenen Rationalisierung von Arbeitsplätzen und den negativen Auswirkungen auf die Umwelt kritisch betrachtet. Andererseits gab es durchaus ein Bewusstsein für die Bedeutung der Technik für den wirtschaftlichen Fortschritt. Zusammenfassend kamen die Studien zu dem Schluss, dass in Deutschland keine grundsätzliche Technikfeindlichkeit existiert.

Auch in der aktuellen Situation wären derartige Untersuchungen hilfreich, um überprüfen zu können, ob die Industrie in der deutschen Bevölkerung unter einem grundsätzlichen Akzeptanzdefizit leidet oder ob nicht auch in Bezug auf die Industrie eher ambivalente Haltungen und Meinungen vorherrschend sind. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Wahrnehmung der Bedeutung

der Industrie für die Wirtschaft in einem Land. In westlichen Industrieländern, in welchen post-materialistische Werte eine zunehmend wichtigere Rolle spielen, scheint es, dass sich mit einer wachsenden Tertiarisierung eine zunehmende Entfremdung der einzelnen Individuen zur Industrie vollzogen hat.<sup>5</sup>

### Differenzierte Betrachtung nach Industriebranchen

In der Forschung zur Technikakzeptanz wurden das durchaus vielfältige und komplexe Einstellungsobjekt „Technik“ nach verschiedenen Technikbereichen unterschieden und die jeweilige Akzeptanz der einzelnen Bereiche untersucht. Klassischerweise wird zwischen drei verschiedenen Technikbereichen unterschieden: Produkt- und Alltagstechnik, Arbeitstechnik und externe Technik. Insbesondere erstere stößt auf eine starke Fürsprache in der Bevölkerung, ebenso ließ sich für den Bereich der Arbeitstechnologien kein Akzeptanzdefizit nachweisen. Lediglich für den Bereich der externen Technologien konnte ein solches Akzeptanzdefizit festgestellt werden.<sup>6</sup> Diese Kategorie umfasst großtechnische Anlagen wie z. B. (Kern-)Kraftwerke, Chemieunternehmen oder Müllverbrennungsanlagen, welche auch in der Diskussion um die Industriefeindlichkeit im Fokus stehen.

Analog zur Technikakzeptanzforschung ist auch das Einstellungsobjekt „Industrie“ äußerst vielfältig und komplex, da es zum einen eine Vielzahl von Branchen umfasst und zum anderen nicht immer eindeutig von anderen Sektoren wie z. B. dem Dienstleistungssektor abgrenzbar ist. Eine differenzierte Betrachtung nach verschiedenen Branchen scheint daher angemessen und notwendig: So ist anzunehmen, dass bspw. die IT- und Telekommunikationsindustrie in der Bevölkerung positiver wahrgenommen wird als bspw. die Chemieindustrie, welche weitaus stärker auf den Einsatz externer Techniken angewiesen ist. Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, in der weiteren Debatte zwischen den verschiedenen Branchen möglichst genau zu differenzieren.

## Die Industrie als „Nachbar“

Doch auch wenn sich im Rahmen wissenschaftlicher Analysen lediglich eine ambivalente Einstellung gegenüber der Industrie feststellen ließe und nur einzelne Branchen von der breiten Öffentlichkeit kritisch wahrgenommen werden sollten, bleibt der Umstand, dass sich in Deutschland zunehmend Proteste gegen Großprojekte formieren, bestehen. In der öffentlichen Debatte wird gerade diese Entwicklung mit einer fehlenden Akzeptanz gleichgesetzt, unabhängig davon, wie differenziert diese letztlich ausgestaltet ist. Die Proteste und die aus ihnen heraus entstehenden Bürgerinitiativen verzögern oder verhindern nicht selten den Bau oder die Inbetriebnahme industrieller Großanlagen. Dabei weisen die Proteste eine andere Struktur und Qualität auf als die Anti-Atomkraft- oder die in den letzten Jahren entstandene Occupy-Bewegung.

Während bei diesen häufig eine grundsätzliche Systemkritik und die Verteidigung von Überzeugungen im Fokus der Protestierenden steht, sind die Proteste gegen Großprojekte zumeist nicht ideologisch motiviert, sondern durch individuelle Interessen geleitet. Zudem unterscheiden sich die Bewegungen und Proteste hinsichtlich ihrer Reichweite. Während sich bei den Anti-Atomkraft- oder der Occupy-Bewegung Menschen aus dem ganzen Land zusammenfinden (und sich auch internationale Bewegungen entwickelten), rekrutieren sich die Protestler gegen Großprojekte zumeist aus dem unmittelbaren lokalen Umfeld. Es handelt sich dabei um Personen, welche nach subjektiver Wahrnehmung vom Bau oder Ausbau von Großanlagen negativ betroffen sind.<sup>7</sup> Hier spricht man auch vom sogenannten Not-In-My-Back-Yard-Effekt (NIMBY). Dabei weisen die Protestierenden nicht in allen Fällen eine grundsätzliche Ablehnung gegen die Industrie oder industrielle Großprojekte auf. Dies zeigt das Beispiel der Windenergie, welche von der Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland äußerst positiv bewertet wird, da sie als besonders emissionsarm gilt. Doch trotz der positiven Bewertung regt sich beim Bau der Windkraftträder zum Teil heftiger lokaler Widerstand.

Dabei läuft die Betrachtung von Protesten gegen industrielle Großprojekte schnell Gefahr, das eigentliche Problem verengt darzustellen. Denn auch gegen Großprojekte nicht-industrieller Art formiert sich gemäß dem NIMBY-Effekt lokaler Widerstand. So sind bspw. auch Infrastrukturprojekte Gegenstand von Widerständen in der Bevölkerung. Prominente Beispiele sind der Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofes oder des Münchener Flughafens. Und auch staatliche und soziale Einrichtungen können Gegenstand lokaler Proteste werden, wie z. B. Asylbewerberheime oder Justizvollzugsanstalten. Insgesamt sollte beachtet werden, dass lokaler Protest und fehlende Akzeptanz kein spezifisches Problem industrieller Großprojekte darstellen und somit auch nicht zwingend Ausdruck industriefeindlicher oder -kritischer Ansichten sein müssen.

Vielmehr scheinen die Proteste Ausdruck eines voranschreitenden Individualisierungsprozesses in einer Gesellschaft zu sein, in welcher Werte wie Freiheit, Gesundheit und der Schutz der Umwelt eine bedeutendere Rolle spielen. Der fremdbestimmte Eingriff in die eigene Lebensumwelt durch den Bau von Anlagen oder Einrichtungen wird daher als eine Bedrohung der eigenen Werte und der Autonomie der Bürgerinnen und Bürger wahrgenommen. Um einen gesellschaftlichen Ausgleich zwischen den Interessen zu finden, müssten Politik und Wirtschaft in einem ersten Schritt daher zunächst ein Verständnis für die Interessen und Ängste der Bürgerinnen und Bürger entwickeln und lernen, diese abseits von vorgefertigten Schablonen wie „Die Deutschen sind industrie-, technik- oder innovationsfeindlich“ zu interpretieren. In einem zweiten Schritt kann dieses Verständnis in Instrumente umgesetzt werden, welche zur Lösung der Widerstände und Proteste beitragen.

### Verfahren der Akzeptanzbeschaffung: Bürgerbeteiligung und die Suche nach neuen Wegen

Ein bekanntes Verfahren zur *Akzeptanzbeschaffung* ist das der Bürgerbeteiligung. In der Praxis findet dieses Verfahren mittlerweile regelmäßi-

gen Einsatz – allerdings nicht immer mit Erfolg. Ein grundsätzliches Problem dieses Verfahrens besteht zumeist in seiner verkürzten Anwendung. Es ist nach jetzigem Stand der Forschung nicht ausreichend, wenn die Bürgerinnen und Bürger vor Ort lediglich informiert werden. Ein Beteiligungsverfahren erfordert mehr als bloße Information, es bedeutet, dass die betroffenen Bürgerinnen und Bürger aktiv mitentscheiden dürfen und ihnen somit ein explizites Mitspracherecht eingeräumt wird. Dabei steigert eine möglichst frühe Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in den Entscheidungsprozess die Erfolgchancen des Verfahrens. Dennoch bietet es auch bei entsprechender Anwendung keine Erfolgsgarantie, daher ist eine weitere Optimierung bzw. eine Erprobung neuer Verfahren erforderlich.

Besonders interessant, aber bislang wenig erforscht sind in diesem Zusammenhang Ansätze, welche eine finanzielle Beteiligung der betrof-

fenen Bürgerinnen und Bürger vorsehen. Dieses Vorgehen folgt der Prämisse, dass Bürgerinnen und Bürger, welche an den Großprojekten Anteile erwerben und somit an etwaigen Gewinnen der Anlagen beteiligt sind, den Projekten positiver gegenüberstehen. Im Rahmen einer Akzeptanzstudie des Energieversorgers RWE befürworteten viele der befragten Expertinnen und Experten aus Politik, Wirtschaft und Verbänden eine solche Form der Einbindung. Ein weiterer Ansatz ist, dass Unternehmen Großprojekte mit anderen Investitionen in der Region begleiten, bspw. den Bau von Sportplätzen oder anderen Freizeitangeboten. Grundsätzlich sollten Wissenschaft, Politik und Wirtschaft die Reichweite von Verfahren zur Bürgerbeteiligung nicht überschätzen. Es ist an der Zeit, neue Lösungsansätze zu suchen und zu erproben, um Deutschland als Industrie- und Wirtschaftsstandort zu sichern und das Großprojekt Energiewende erfolgreich zu bewältigen.

- 
- 1 Anna-Lena Schönauer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Allgemeine Soziologie, Arbeit und Wirtschaft an der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum.
  - 2 U.a. Deutsche Industrie- und Handelskammer: Industrie: Deutschlands Motor läuft rund – aber nicht von alleine, Berlin 2011.
  - 3 Ralf Wiegand: Öko? Nein danke – Ruckzuck flüchten die Deutschen aus der Atomkraft. Und jetzt? Kämpfen zig Wutbürgerinitiativen gegen die Alternative. Eine Reise durch die Realität der Energiewende, in: Süddeutsche Zeitung, 25.3.2013, S. 3.
  - 4 Thomas Petermann, Constanze Scherz: TA und (Technik-)Akzeptanz(-forschung), in: Technikfolgenabschätzung – Theorie und Praxis 14, 3, 2005, S. 45f.
  - 5 Johannes Weyer: Die Rolle der Industrie in den gesellschaftlichen Utopien des dezentralen Kapitalismus, in: Birger P. Priddat, Klaus-W. West (Hrsg.): Die Modernität der Industrie, Marburg 2012, S. 91-110.
  - 6 Einteilung der Technikbereiche nach Ortwin Renn z.B. in: Technikakzeptanz. Lehren und Rückschlüsse der Akzeptanzforschung für die Bewältigung des technischen Wandels, in: Technikfolgenabschätzung – Theorie und Praxis 14, 3, 2005, S. 31f.
  - 7 Stine Marg, Lars Geiges, Felix Butzlaff, Franz Walter (Hrsg.): Die Macht der Bürger – Was motiviert die Protestbewegungen, BP-Gesellschaftsstudie, Hamburg 2013.
  - 8 RWE AG: Akzeptanz für Großprojekte – Eine Standortbestimmung über Chancen und Grenzen der Bürgerbeteiligung in Deutschland, Essen 2012, <http://www.rwe.com/web/cms/mediablob/de/1716208/data/1701408/4/rwe/ueber-rwe/akzeptanzstudie/Akzeptanzstudie-als-PDF-herunterladen.pdf> (1.5.2013).